

Nürnberg, 10.12.2021

PRESSEMITTEILUNG

Nürnberg braucht eine beteiligungsorientierte Diskussion zum Umgang mit der Kongresshalle

Die Unterzeichner*innen fordern eine echte Bürger*innenbeteiligung sowie ein Gesamtkonzept für den weiteren Umgang mit der Kongresshalle und dem Reichsparteitagsgelände.

Es gibt in der Stadt Nürnberg eine sehr aktive und vielfältige Zivilgesellschaft, die sich dem Denk- und Lernort Reichsparteitagsgelände, dem Kampf gegen Faschismus und Rechtsextremismus immerwährend annimmt.

Aus unserer Sicht ist eine Diskussion über Erhalt des Innenhofs der Kongresshalle auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg dringend geboten. Auch die Pläne der Stadt Nürnberg, eine Spielstätte für die Nürnberger Oper im Innenbereich der Kongresshalle zu errichten bedarf einer grundlegenden Diskussion. Dass dies ein befristeter Ort für Kulturangebote werden soll, ist aus praktischer Sicht deutlich zu hinterfragen, darum ist hier eine ehrliche und transparente Kommunikation des Kultur-Management der Stadt Nürnberg unabdingbar. Ausdrücklich erwähnt sei jedoch das die Unterzeichner*innen ebenfalls für die Oper in Nürnberg an zentraler Stelle eintreten.

Gerade der Innenhof der Kongresshalle nimmt eine zentrale Rolle in der pädagogischen Erinnerungsarbeit ein. Gleiches gilt für die Vermittlung von politischer Bildungs- und Demokratietarbeit vor Ort. Der im Zuge der Eröffnung des Dokumentationszentrums bewusst leer geräumte Innenhof, steht wie kein anderer Ort für den Größenwahn und das Scheitern des Terrorregimes der Nationalsozialisten. Der Innenhof ist eine offene Wunde, die sichtbar bleiben muss. Hier kann den jährlich rund 100.000 Besucher*innen greifbar vermittelt werden, mit welchen Instrumenten die Nationalsozialisten gearbeitet haben. Das Reichsparteitagsgelände ist ein Ort der Demagogie und menschenverachtender Manipulation. Die Funktionsweise dieses Ortes in der Vergangenheit muss uns auch Mahnung in der Gegenwart sein, ein Spiegelbild für die Verführbarkeit, aber auch für die Wachsamkeit gegenüber autoritärer, faschistischer und rechtsextremer Weltbilder.

Auch in der heutigen Zeit erleben wir tagtäglich, wie wichtig es ist, darüber aufzuklären, wohin Rassismus und Faschismus führen. Die rassistischen Morde der Terroristen der NSU, die Pegida-Demonstrationen der vergangenen Jahre, die rassistischen und antisemitischen Anschläge von Hanau und Halle, der Mord an Walter Lübcke und die Versuche von Neonazis, mit Fackeln auf dem Reichsparteitagsgelände aufzumarschieren, machen deutlich, dass noch viel politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten ist und alle Demokratinnen und Demokraten aufgefordert sind klare Kante gegen die Menschen- und Demokratiefeinde zu zeigen.

Gerade seit Beginn der Pandemie gibt es immer wieder Versuche von selbsternannten Querdenkern, die Geschichte in einer Art und Weise umzuinterpretieren, die zu einer Relativierung des Holocaust und der Verbrechen der Nationalsozialisten führt. Orte an denen die Geschichte greifbar und authentisch vermittelt werden kann, sind daher nach wie vor von essenzieller Bedeutung. Die Kongresshalle samt Innenhof ist so ein Ort und steht deshalb seit vielen Jahren unter Denkmalschutz. Auch das Landesamt für Denkmalpflege hält den Innenhof der Kongresshalle in seiner Leere als schützenswertes Ensemble und integralen Bestandteil des Denkmals Kongresshalle. Nachdenklich stimmt uns auch, wie die Stadt einerseits bei einer Bemalung der Tribüne auf dem RPG mit Wasserfarben reagiert, und andererseits ohne breite Diskussion ein Bauwerk auf dem Gelände errichtet werden soll.

Auch ein Hearing mit internationalen Wissenschaftler*innen zu diesem Themenkomplex wäre wegen der Bedeutung des RPG angebracht.

Das Gebot der Stunde ist aus unserer Sicht eine gründliche Diskussion über den künftigen Umgang mit der Kongresshalle – ohne Zeitdruck und mit einer echten Beteiligung der Bürger*innen Nürnbergs und aller Verfolgten des Terrorregimes der Nationalsozialisten. Die Stadt Nürnberg hat hier als Stadt der Menschenrechte eine besondere Verantwortung und wird sich auch in Zukunft an ihrem Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände messen lassen müssen.

Unterzeichner*innen

Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

DGB Region Mittelfranken

KJR – Kreisjugendring Nürnberg-Stadt

Rückfragen bitte an:

Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus

kontakt@allianz-gegen-rechtsextremismus.de

oder an Stephan Doll

0911-24916-6